

GR Thomas Rajakovics

13.11.2014

A N T R A G

Betrifft: Rücknahme der Streichung der Kostenübernahme für
Gebärdendolmetsch, Petition an Sozialminister Rudolf Hundstorfer,

Der Steirische Landesverband der Gehörlosenvereine hat mich kontaktiert und ersucht, in folgender Sache aktiv zu werden, was ich gerne mache.

Das Sozialministerium Service (ehemals Bundessozialamt) hat überfallsartig die Übernahme der Kosten für Gebärdendolmetsch für berufliche Termine von Gehörlosen gestrichen.

Das wurde den Gehörlosen pikanterweise insofern bekannt, als die DolmetscherInnen ihre Rechnungen mit dem Hinweis, dass diese Kosten nun nicht mehr getragen werden, vom Sozialministerium Service returniert bekamen.

Diese Vorgangsweise stellt eine deutliche Verschlechterung für die Arbeitssituation von Gehörlosen dar.

Wie so oft spart der Bund bei jenen, die aus seiner Sicht, auf Grund ihrer besonderen Situation, von den Gemeinden oder den Ländern nicht fallen gelassen werden können.

Das heißt, es wird insgeheim erwartet, dass Gehörlosen von anderer Seite geholfen wird und man damit eine finanzielle Verpflichtung los wird. Dabei wird weder das Gespräch mit den Sozialhilfeverbänden, noch mit den Betroffenen gesucht.

Dieser ständige sogenannte graue Finanzausgleich (gemeint das Abschieben von Aufgaben vom Bund auf Länder und Gemeinden ohne finanziellen Ausgleich) kann so nicht hingenommen werden.

Daher stelle ich namens der ÖVP Gemeinderats folgenden

Antrag

Die Stadt Graz fordert Sozialminister Rudolf Hundstorfer auf dem Petitionsweg auf die Streichung der Übernahme von Gebärdendolmetschkosten für berufliche Termine rückgängig zu machen.